

Niederschrift über die gemeinsame öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Nr. 12) und des Sozialausschusses (Nr. 9) am 19.05.1999

Sitzungsort:

Ratssaal, Verwaltungsgeb. II

Sitzungsdauer:

17.00 Uhr - 18.57 Uhr

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

SPD

I. Bürgermeisterin Lina Meyer - Vorsitzende -
Beigeordnete Helga Grix
Ratsherr Hans Abels
Ratsherr Dieter Dilling ab 17.11 Uhr
Ratsfrau Herta Everwien
Ratsherr Horst Jahnke
Ratsfrau Elfriede Meyer
Ratsherr Karl-Gerhard Pauels
II. Bürgermeister Eiwin Scholl

CDU

Beigeordneter Helmut Bongartz
Ratsherr Reinhard Hegewald
Ratsherr Nils Köhler

Bündnis 90/Die Grünen

Beigeordnete Christine Schmidt-Reinders
Ratsherr Hermann Züchner

Stimmberechtigte sonstige Mitglieder

Frau Gertrud Rehling ab 17.25 Uhr
Frau Regina Meinen

Nichtstimmberichtigte Mitglieder

F.D.P. (Grundmandat)

Ratsherr Erich Bolinius

Beratende Mitglieder

Herr Abdou Quedraogo ab 17.10 Uhr
Frau Elsa Hartwig
Herr Jürgen Dietrich
Herr Norbert Haarmeyer

Niederschrift über die gemeinsame öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Nr. 12) und des Sozialausschusses (Nr. 9) am 19.05.1999

Herr Wübbo Kruizinga
Herr Tom Sprengelmeyer

von der Verwaltung

Stadtrat Ewald Fürst
Medizinaldirektor Dr. Eimo Heeren
Stadtamtmann Gerhard Discus
Herr Holger Meister
Herr Manfred Heyermeyer
Stadtamtmann Engelbert Kromminga als Protokollführer

2 Vertreter der örtlichen Presse

5 Zuhörer

Punkt 1: Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlußfähigkeit

Um 17.05 Uhr eröffnet Frau Lina Meyer die Sitzung und stellt die Beschlußfähigkeit fest. Sie begrüßt alle Anwesenden, insbesondere die 2 Vertreter der Presse und die anwesenden Zuschauer.

Punkt 2: Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird insoweit geändert, als der Punkt 6 Mitteilungen des Oberbürgermeisters Vorlage-Nr.: 13/868 "Sozialraumanalyse in der Sozial- und Jugendhilfeplanung am Beispiel von zwei Sozialräumen" vorgezogen wird und die Vorlage-Nr.: 13/866 "Einrichtung von Sozialraumkonferenzen in der Sozial- und Jugendhilfeplanung" anschließend behandelt wird. Die Änderung erfolgt einstimmig. Anschließend gibt Frau Lina Meyer als Vorsitzende des Sozialausschusses den Vorsitz an Frau Helga Grix als Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses ab.

Punkt 3: Genehmigung der Niederschriften Nr. 10 und Nr. 11 über die öffentlichen Sitzungen des Jugendhilfeausschusses am 25.02.1999 und 25.03.1999

Beschluß: Die Niederschriften Nr. 10 und Nr. 11 über die öffentlichen Sitzungen des Jugendhilfeausschusses am 25.02.1999 und 25.03.1999 werden genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

Anschließend gibt Frau Grix den Vorsitz wieder an Frau Meyer zurück.

Niederschrift über die gemeinsame öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Nr. 12) und des Sozialausschusses (Nr. 9) am 19.05.1999

Punkt 4: Genehmigung der Niederschrift Nr. 8 über die öffentliche Sitzung des Sozialausschusses am 13.01.1999

Beschluß: Die Niederschrift Nr. 8 über die öffentliche Sitzung des Sozialausschusses am 13.01.1999 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 5: Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Vorlage 13/868

Sozialraumanalyse in der Sozial- und Jugendhilfeplanung am Beispiel von zwei Sozialräumen

Herr Heyermeyer teilt mit, daß Herr Engels erkrankt sei und er in Vertretung somit versuchen wolle, die Vorlage verständlich darzustellen. Anschließend erläutert er die Vorlage sehr ausführlich, wobei er insbesondere auf die konzeptionellen Vorüberlegungen;

1. Bestand (Bevölkerungs-, Sozial- und soziale Infrastruktur),
2. Bedarf (Bedürfnisse und Interessen der Betroffenen) und
3. Handlungsstruktur der Kommune eingeht.

Anhand mehrerer Folien verdeutlicht er die getroffenen Überlegungen. Abschließend dankt Frau Meyer für den guten Sachvortrag.

Auf eine Frage von Herrn Jahnke, inwieweit innerhalb der Verwaltung durch eine Vernetzung der einzelnen Ämter die Voraussetzungen bereits geschaffen wurden, teilt Herr Fürst mit, daß mit dieser Aufgabe 1995 begonnen wurde, wobei als "Motor" die Jugendhilfeplanung gedient habe. Durch Arbeit in einzelnen Projektgruppen seien viele Detaildaten ermittelt worden unter dem Gedanken, zielgenaue Produkte ermitteln zu können.

Herr Sprengelmeyer ergänzt auf die Anfrage von Herrn Jahnke, daß die Datenerhebung derzeit noch nicht kompatibel sei, dieses Ziel würde weiterhin verfolgt, die Gesamterhebung dauere jedoch noch.

Auch Herr Scholl möchte gerne wissen, wie lange die Ermittlung des Gesamtergebnisses dauere und wie der Rat an die erarbeiteten Ergebnisse kommt, findet darüber hinaus die Einteilung in die geplanten Sozialräume sinnvoll.

Herr Bongartz ergänzt, daß ohne die zu ermittelnden Daten keine vernünftige Daseinsvorsorge gemacht werden könne (z.B. Schulplanung etc.).

Ebenso ist Herr Dilling der Auffassung, daß aus den ermittelten Daten Erkenntnisse gezogen und Entscheidungen erfolgen müßten.

Herr Meister erläutert, daß die ermittelten Daten nicht für die einzelnen Sozialräume speziell ausgewertet wurden, diese zur Zeit jedoch aufgearbeitet und gebündelt würden, um hierdurch gut verständliche Vorlagen herzustellen. Die Datenschutzbestimmungen stellten jedoch ein Problem dar, da Daten auf kleinräumiger Ebene wegen der bestehenden Schutzvorschriften nicht ermittelt werden könnten.

Herr Köhler gibt zu bedenken, daß die Datenentwicklung und Analyse sehr aufwendig sei und fragt an, ob hierbei die Fachhochschule eingebunden worden wäre.

Niederschrift über die gemeinsame öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Nr. 12) und des Sozialausschusses (Nr. 9) am 19.05.1999

Herr Bongartz weist darauf hin, daß es seit kurzem ein Förderprogramm "Die soziale Stadt" gibt.

Herr Sprengelmeyer erwidert, daß er es zunächst einmal sehr gut finde, daß diese Problematik gemeinsam mit dem Sozial- und Jugendhilfeausschuß erörtert wird. Im Bereich der Kindergärten konnten bisher die meisten Daten ermittelt werden, derzeit laufe darüber hinaus eine Bürgerbefragung im Bereich Constantia. Kontakte zur Fachhochschule beständen zur Zeit leider nicht, da bei den Studierenden hierfür kein Interesse vorhanden sei. Eine fachdienstübergreifende Beratung erfolge demgegenüber bereits seit längerem in der Verwaltung.

Herr Fürst ergänzt hierzu, daß es sehr schwierig sei, die ermittelten Daten kompatibel zu machen, da entsprechende Vergleichsmöglichkeiten fehlten. Die ermittelten Daten seien zur Zeit nur zum Teil für konkrete Schritte brauchbar, da die Daten sich ständig im Fluß befänden.

Herr Bolinius gibt zu bedenken, daß nur aktuelle Daten zu gebrauchen seien, alte Zahlen nützten nichts, so daß seines Erachtens mehr auf die Möglichkeiten der ADV zurückgegriffen werden sollte.

Ergebnis: Kenntnis genommen

Punkt 6: Vorlage 13/866
Einrichtung von Sozialraumkonferenzen in der Sozial- und Jugendhilfeplanung

Herr Meister erläutert anhand eines Beispiels aus dem Sozialraum Port Arthur/Transvaal (Probleme mit Lärmbelästigung durch Jugendliche) sehr ausführlich die bestehende Problematik unter Zuhilfenahme verschiedener Folien bezüglich Bevölkerungsstruktur (Alter/Sozialhilfebezug/Kriminalität etc.).

Im Anschluß daran dankt Frau Meyer für die ausführliche Darstellung.

Herr Züchner möchte wissen, ob auch die Grünen als kleine Fraktion bei wichtigen Themen und Problematiken in der Sozialraumkonferenz dabei sein könnten. Darüber hinaus gibt er zu bedenken, daß bei der Ermittlung entsprechender Daten unbedingt darauf zu achten sei, ob es sich um Wohngebiete mit überwiegend Mietwohnungen oder um Wohngebiete mit überwiegend Eigenheimen handele, da bei einem Wohngebiet mit überwiegend Mietern sehr häufiger Wechsel der Bewohner festzustellen sei.

Frau Schmidt-Reinders gibt zu bedenken, daß es außerordentlich wichtig und sinnvoll sei, die ermittelten Daten in den Stadtplanungsausschuß zu geben, damit dieser in der Lage sei, vorausschauend zu planen (z.B. Planung der Wohngebiete).

Herr Bongartz weist darauf hin, daß dies jetzt in Angriff genommen wird durch das Förderprogramm "Die soziale Stadt".

Herr Dilling möchte wissen, ob auch professionelle Hilfeträger mit einbezogen werden (z.B. Altenpflegeheime).

Herr Meister bejaht dies und weist darauf hin, daß z.B. der Kinderschutzbund und die Arbeiterwohlfahrt über zeitlich befristete Arbeitsgruppen involviert sind.

Niederschrift über die gemeinsame öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Nr. 12) und des Sozialausschusses (Nr. 9) am 19.05.1999

Herr Sprengelmeyer wirft ein, daß die Stadtteilkonferenz Port Arthur/Transvaal bisher fast zweimal monatlich getagt und über die anstehenden Probleme gesprochen hat. Hier wurde der Wille deutlich, die Probleme zwischen den Generationen zu klären. Er gibt an, daß das Jugendzentrum "Alte Post" nicht unbedingt als Stadtteiljugendzentrum für den Bereich Port Arthur/Transvaal anzusehen ist, da es von dort nicht so angenommen wird, wie gewünscht. Er verweist hierbei auf die imaginäre Grenze der Bahnlinie in der Nesserlander Straße/Cirksenastraße.

Herr Kruizinga möchte wissen, wieviele Ausländer im Bezirk Barenburg wohnen.

Herr Heyermeyer teilt anhand der neuesten Ermittlungen (Zahlen von 1999) mit, daß dort insgesamt 813 Ausländer leben, wovon 232 der Altersstufe 1 - 14 Jahre angehören. Hierbei handelt es sich um fast 50 % der in Emden lebenden Ausländerkinder in dieser Altersstufe.

Herr Bolinius hat mit den 7 geplanten Sozialräumen Probleme, weil seiner Meinung nach der geplante Bereich Borssum/Petkum/ Widdelswehr und Jarssum keine Einheit darstellt und somit seines Erachtens besser Borssum als eigener Sozialraum geführt werden sollte.

Frau Rehling gibt hierzu zu bedenken, daß sie die Zuordnung des Stadtteils Constantia in den Sozialraum 3 auch nicht gut findet, da ihres Erachtens eher eine Anbindung an die Innenstadt gegeben sei, diese Zuordnungen jedoch nicht zu ändern seien, da nun mal entsprechende Sozialräume zusammengelegt werden müßten. Der Sozialraum 7 könnte bezüglich der anstehenden Probleme auch voneinander und miteinander lernen.

Herr Meister ergänzt, daß bei der Einteilung der Sozialräume u.a. von den Belangen der Jugendhilfeplanung ausgegangen worden sei, hier insbesondere von Wanderbewegungen der Jugendlichen untereinander, die auch sehr stark im Raum Borssum/Petkum stattfinden.

Herr Dilling ist mit den vorgeschlagenen 7 Sozialräumen einverstanden, und findet es wichtig, daß der Stadtplanungsausschuß mit dieser Angelegenheit befaßt wird.

Herr Sprengelmeyer wirft in diesem Zusammenhang ein, daß es auch vorgesehen sei, den Sozialplaner im Rahmen der Stadtentwicklung anzusiedeln.

Herr Bolinius bemängelt, daß mit ihm als Vorsitzenden des größten Vereins im Bereich Petkum/Widdelswehr/Jarssum nicht bezüglich der Sozialraumplanung gesprochen worden sei.

Bezug nehmend auf den Sozialraum 7 kann Frau Elfriede Meyer sich gut vorstellen, daß dadurch, daß die verschiedenen Vereine und Verbände miteinander sprechen, gegenseitig die Probleme erkennen und einschätzen lernen.

Herr Meister stimmt zu, daß es sich bei dem Sozialraum 7 um ein sehr großes Gebiet handelt, bei bestimmten Problemen könnten jedoch ohne weiteres auch einzelne Sachen getrennt voneinander behandelt werden.

Herr Sprengelmeyer teilt in Bezug auf den Sozialraum 7 mit, daß ein Jugendzentrum in Petkum nach wie vor in Arbeit sei, auch wenn in letzter Zeit Stillstand in der Angelegenheit zu verzeichnen wäre.

Abschließend gibt Herr Bongartz zu bedenken, daß sich die ganze Angelegenheit der Sozialraumplanung erst am Anfang befindet, er bittet daher darum, erstmal anzufangen wie vorgeschlagen und nicht von vornherein alles zu zerreden.

Niederschrift über die gemeinsame öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Nr. 12) und des Sozialausschusses (Nr. 9) am 19.05.1999

Beschluß: Dem Verwaltungsausschuß wird folgender Beschluß empfohlen:
Im Rahmen der Sozial- und Jugendhilfeplanung werden Sozialraumkonferenzen und Arbeitsgruppen gemäß beiliegendem Organisationsmodell eingerichtet.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 7: Anfragen

Herr Kruizinga teilt mit, daß die (älteren) Bewohner der Isensee-Stiftung sehr dadurch gestört werden, daß Kinder und Jugendliche auf dem Weg vom Bahnhof zu den Schulen und zurück, durch diese Wohnanlage gehen und dadurch Lärm verursacht wird und die Anlagen durch weggeworfene Cola-Dosen etc. verunreinigt würden.

Herr Sprengelmeyer sagt zu, sich im Rahmen seiner Möglichkeiten um die Angelegenheit zu kümmern und wird versuchen, ein Gespräch mit den Mitarbeitern der angrenzenden Schulen zu führen.

Herr Fürst gibt zu bedenken, daß er auch gerne mal durch die Anlage der Isensee-Stiftung spazierte, es könne doch kein Zaun gezogen werden, um die Anwohner vor Besuchern zu "schützen".

Die Vorsitzende schließt die Sitzung um 18.57 Uhr und dankt allen Anwesenden für ihr Interesse und ihre Mitarbeit.

Die Beschlüsse wurden gem. § 47 Abs. 3 NGO bis zum Ende der Sitzung schriftlich festgehalten.